

# Initiative «Verpflichtendes Lobbyregister»

von [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) (Parlamentwatch e.V.)  
& LobbyControl – Initiative für Transparenz und Demokratie e.V.

### DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

Einfluss von Unternehmen und Interessensverbänden auf die Politik erfolgt auf vielen Ebenen. Es gibt Stellungnahmen, Treffen mit Politiker\*innen, Anhörung von Sachverständigen, aber auch Parteispenden und Nebentätigkeiten von Politiker\*innen. Dabei geht es oft um viel Geld, denn z.B. strengere Abgasgesetze haben massive Auswirkungen auf die Autohersteller. Diese versuchen Entscheidungen also zu ihren Gunsten zu beeinflussen, während z.B. Umwelt- oder Gesundheitsverbände in so einem Fall auf strengere Grenzwerte pochen.

Lobbyismus ist Alltag in Berlin. Geschätzt 6.000 Lobbyist\*innen vertreten alle möglichen Interessen gegenüber der Politik. Doch trotz der Bedeutung und des Umfangs ist Lobbyismus in Deutschland – im Gegensatz zu vielen anderen Ländern komplett unreguliert und intransparent. Der Austausch zwischen Lobbyist\*innen und Politiker\*innen zu Gesetzen und politischen Entscheidungen gehört zwar zu einer funktionierenden Demokratie, gegenwärtig ist es für die Öffentlichkeit jedoch nicht nachvollziehbar, wer in wessen Auftrag und mit welchen Mitteln auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen versucht. Dabei sind die Akteure vielfältig wie die Themen. Auftraggeber oder finanzielle Hintergründe von Lobbyist\*innen bleiben aber in der Regel im Verborgenen. Der Einfluss von Geld auf die Politik kann nicht ausgeschlossen werden.

Eigentlich gibt es auch einen gesellschaftlichen Konsens. 4 der 6 Bundestagsfraktionen und weitere Bundestagsabgeordnete haben sich bereits für ein Lobbyregister ausgesprochen, 77% der Bevölkerung fordern laut einer repräsentativen Umfrage (infratestdimap im

April 2019 im Auftrag von [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de)) die Veröffentlichung der Lobbykontakte in einem Lobbyregister.

## GESETZLICHE GRUNDLAGE

### GESETZLICHE GRUNDLAGE

Aktuell gibt es keine gesetzliche Regelung, die für die Bürger\*innen nachvollziehbar Lobbyismus dokumentiert und regelt. Für eine verbindliche und wirksame Lösung ist das aber nötig. Die Union hat bis Herbst einen Regelungsvorschlag angekündigt, der in den Bundestag eingebracht werden soll. Doch es gibt Befürchtungen, dass die Regelungen nicht ausreichen dürften, um das Problem in den Griff zu bekommen.

[abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) (Parlamentwatch e.V.) hat zusammen mit LobbyControl – Initiative für Transparenz und Demokratie e.V. bereits einen Gesetzentwurf erarbeitet, der beispielhaft eine Lösung aufzeigt.

## ANGESTREBTE REGELUNG

### ANGESTREBTE GESETZLICHE REGELUNG (LOBBYREGISTER)

Das Gesetz soll festlegen, wer sich in ein Lobbyregister eintragen muss, welche Angaben zu machen sind und mit welchen Rechten und Pflichten die Registrierung einhergeht. Jede Lobbyarbeit gegenüber dem Deutschen Bundestag sowie gegenüber der Bundesregierung ist zu erfassen. Verbindliche Verhaltensmaßstäbe für die Lobbyarbeit und Sanktionen bei Verletzung der Bestimmungen des Gesetzes sind vorzusehen. Es muss klar werden, welche Lobbyist\*innen für welche Auftraggeber tätig sind, mit welchen Politiker\*innen sich Lobbyist\*innen zu welchen Themen treffen, auf welche Gesetzentwürfe Lobbyist\*innen versuchen Einfluss zu nehmen, wie hoch das jeweilige Budget ist, das für Lobbytätigkeiten eingesetzt wird und wie sich Verbände, NGOs und Stiftungen finanzieren.

**ABSTIMMUNGS-  
FRAGE**

## Stimmen Sie für ein gesetzlich verpflichtendes Lobbyregister?

---

**PRO  
ARGUMENTE**

**KORRUPTIONS-  
PRÄVENTION UND  
GEMEINWOHL**

### FÜR DIE EINFÜHRUNG EINES VERPFLICHTENDEN LOBBYREGISTERS

Lobbyismus gehört als Interessenvertretung zu einer funktionierenden Demokratie. Durch privilegierte Zugänge erhalten jedoch manche – meistens die finanzstärksten – Lobbyisten mehr Gehör als andere. Die so beeinflussten Entscheidungen führen nicht nur zu einer Ungleichheit und Ungerechtigkeit, sondern zerstören auch das Vertrauen in die Demokratie. Wie viele Skandale z.B. bei der Auto- und Rüstungsindustrie und den Pharmaherstellern deutlich zeigen, beeinflussen Lobbyist\*innen mit privilegierten Zugängen zu Entscheidungsträger\*innen politische Entscheidungen zum Schaden der Allgemeinheit.

**INTERESSENS-  
KONFLIKTE**

Lobbyist\*innen werden immer professioneller und zahlreicher. Gleichzeitig wechseln Politiker\*innen die Seiten oder nehmen zusätzlich gut bezahlte Nebentätigkeiten für Unternehmen an und werden so selbst zu Lobbyist\*innen. Spätestens wenn Abgeordnete über Gesetze entscheiden, die ihre Geldgeber betreffen, ist der Interessenkonflikt gravierend. Schon die bereits bekannten Verflechtungen zwischen politischen Entscheidungsträger\*innen und Lobbyist\*innen sind problematisch. Oft sind die Interessenkonflikte durch die unzureichenden Transparenzregeln sogar unsichtbar. Mit dem angestrebten Lobbyregister lassen sich Interessenkonflikte aufdecken.

#### AUSGEWOGENE INTERESSENSVER- TRETUNG

Unsere Politiker\*innen sollten sich die Argumente von allen Seiten anhören, z.B. von Arbeitnehmer\*innen und Arbeitgeber\*innen, von Industrie und Umweltexpert\*innen. Doch ob dies geschieht, erfährt die Öffentlichkeit nicht. Ein verbindliches Lobbyregister macht sichtbar, wessen Argumente sich die Entscheidungsträger\*innen anhören.

#### STRENGE REGE- LUNGEN ANDERER LÄNDER

Während in anderen Ländern, z.B. USA, Kanada oder Frankreich, weitgehende Angaben zu Lobbyaktivitäten verpflichtend sind, ist Deutschland hier eine Blackbox. So kennen wir zwar die Lobbyausgaben von deutschen Unternehmen in den USA oder auf EU-Ebene, aber nicht in Deutschland.

#### INTERNATIONALE KRITIK

Immer wieder gibt es internationale Kritik wegen der fehlenden Transparenz-Regeln. Die Antikorruptions-Kommission des Europarates (GRECO) hat Deutschland bereits seit 2015 mehrfach aufgefordert, Lobbyeinflüsse transparenter zu machen. 2020 droht nun wegen mangelhafter Umsetzung eine Rüge.

Weitere Informationen unter:

[www.abgeordnetenwatch.de/lobbytransparenz-gesetz](http://www.abgeordnetenwatch.de/lobbytransparenz-gesetz)

[www.lobbycontrol.de](http://www.lobbycontrol.de)

**CONTRA**  
**ARGUMENTE**

## GEGEN DIE EINFÜHRUNG EINES VERPFLICHTENDEN LOBBYREGISTERS

Die Freiheit des Abgeordnetenmandats könnte durch ein Lobbytransparenzgesetz eingeschränkt werden, da so keine vertraulichen Gespräche mit Abgeordneten mehr möglich wären. So schreibt der CDU-Abgeordnete Patrick Schnieder „Die Vorstellung einer womöglich sogar behördlich überwachten Registrierungspflicht vor einer Kontaktaufnahme zu Abgeordneten ist befremdlich. Eine freie Gesellschaft hat unantastbare Merkmale. Der freie und geschützte Kontakt zu Abgeordneten gehört dazu“ (FAZ 2019a).

Gespräche mit Abgeordneten sind für umfassende Sachinformationen und einen ehrlichen Meinungs-austausch notwendig. Im äußersten Fall würden Treffen nicht mehr stattfinden, wenn Beteiligte mit Offenlegung rechnen müssen. Wenn dadurch nicht sämtliche Beteiligten angehört werden, kann auch die Qualität der Gesetzgebung und damit das Verwaltungshandeln leiden.




Die Sorge, sich für Gespräche mit Sachverständigen jederzeit rechtfertigen zu müssen und die Angst, dafür an den Pranger gestellt zu werden, wirkt demotivierend und könnte kontraproduktiv für das Gemeinwohl sein.



Es ist nicht belegt, dass in Ländern mit einem Lobbyregister Abgeordnete, Regierung und Verwaltung gemeinwohlorientierter arbeiten.

Die Einführung eines Lobbyregisters wird mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbunden sein. Doch auch mit einem Lobbyregister wird sich Korruption nie ganz verhindern lassen.

## POSITIONEN DER PARTEIEN

So stehen die im deutschen Bundestag vertretenen Parteien zur Einführung eines verpflichtenden Lobbyregisters:

CDU/CSU		Ein Regelungsvorschlag wurde angekündigt
SPD		
B90/Die Grünen		
Die Linke		
FDP		
AfD		N.N.

-  Zustimmung zur Einführung eines verpflichtenden Lobbyregisters
-  Ablehnung der Einführung eines verpflichtenden Lobbyregisters